

Situationsbericht

Drei weitere Fälle am Donnerstag

VADUZ Innerhalb eines Tages wurden drei weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 3439 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 3336 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten 60 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Aktiv infiziert sind demnach aktuell 43 Personen, davon befand sich Stand Donnerstagabend eine Person im Spital. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich fünf neue Fälle pro Tag gemeldet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche berechnet wird, beläuft sich auf 178 Fälle. Das heisst, in den letzten 14 Tagen sind 178 Personen, hochgerechnet auf 100 000 Einwohner, erkrankt. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 95 Fällen. (red/pd)

Gratis-Klubnacht

Vorarlberg setzt Impfanreiz für Junge

BREGENZ Die Vorarlberger Landesregierung will mit einer Gratis-Klubnacht die Impfbereitschaft junger Menschen erhöhen. Im Rahmen der «Clubnight Vorarlberg» am 6. November öffnen zehn Nachtclubs ihre Türen für Geimpfte kostenlos. Für Ungeimpfte gelten am 6. November die regulären Eintrittspreise. Gemeinsam mit der Nachtclub-Szene könne man junge Menschen so einen weiteren Anreiz bieten, sich impfen zu lassen, so die Landesrätin Martina Rüscher und Marco Tittler am Freitag. Zugleich lade man damit junge Menschen ein, die Lokale und Clubbings zu besuchen. Man wolle der arg betroffenen Branche so beim Restart helfen, erklärte Tittler. Die mit 1. Juli eingeführte 3G-Regel sei bereits mit 22. Juli wieder in eine 2G-Regel geändert worden. «Damit arbeiten Clubs und Clubbings wieder unter sehr erschwerten Bedingungen», so der Landesrat. Das Land habe 60 000 Euro reserviert, um den teilnehmenden Betrieben die entgangenen Eintrittsgelder für Gäste erstatten zu können. Laut Angaben des Landes waren zum 15. September gerade einmal 53,54 Prozent der 15- bis 24-jährigen in Vorarlberg vollständig geimpft. (red/apa)

Bergbahnen und Malbun: Auf der Suche nach Lösungen

Strategie Die Zukunft der Bergbahnen Malbun AG ist noch ungewiss. Um ein Staatsbetrieb zu werden, muss die Beteiligung am Jufa-Hotel aufgegeben werden. Derzeit werden Lösungen gesucht, ebenso wie für die Weiterentwicklung des Berggebiets.

VON SILVIA BÖHLER

Zu wenig Schnee, zu heiss, zu regnerisch: Das Wetter ist für die Bergbahnen Malbun ausschlaggebend, ob Umsätze eingehen oder eben fehlen. Robert Büchel, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Bergbahnen Malbun AG, zieht auch für diesen Sommer vorerst eine durchwachsene Bilanz: «Dass der Sommer leider nicht das erhoffte Wetter gebracht hat, ist kein Geheimnis. Demzufolge liegen wir umsatzmässig derzeit etwas tiefer als in den beiden Vorjahren.» Die Sommersaison ende aber erst mit dem 17. Oktober und Büchel hofft auf die Herbstferien: «Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Gäste gerne ins Malbun kommen, sobald die Sonne sich zeigt. Wenn die Herbstferien einigermaßen gutes Wetter mit sich bringen, schauen wir dem Saisonendspurt positiv entgegen.»

Jährlich hohe Verluste

Dass Malbun ein beliebtes Naherholungsgebiet der Liechtensteiner ist, daran besteht kein Zweifel, ebenso, dass die Bergbahnen in finanziellen Schwierigkeiten stecken und ums Überleben kämpfen. Schlechte Wetterverhältnisse, eine grosse Konkurrenz und seit eineinhalb Jahren die Coronapandemie sorgen für weniger Gäste. Hinzu kommen die hohen Schulden (13 Millionen Franken) und Liquiditätsprobleme durch die Beteiligung am Jufa-Hotel. Hieraus entstanden Kosten von rund 318 000 Franken, die die Bergbahnen jährlich berappen müssen. In den vergangenen sechs Jahren wurde ein durchschnittlicher Reinverlust von rund 730 000 Franken pro Jahr verzeichnet. Die Verluste verunmöglichten dem Unternehmen, Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen zu tätigen.

Bereits im Juni 2019 hat der Verwaltungsrat deshalb einen Antrag für eine jährliche finanzielle Unterstützung bei der Regierung eingereicht. Vergangenen November musste der Landtag mit einem zinslosen Darlehen von 700 000 Franken einspringen, damit der Betrieb fortgeführt werden konnte. Die reinen Betriebskosten der Bergbahnen waren ge-



Für die Bergbahnen soll es künftig wieder aufwärts gehen, ein Sanierungskonzept soll Lösungen aufzeigen. (Foto: MZ)

mäss Robert Büchel im Covid-19-Winter höher als üblich. Es benötigte zusätzliches Personal im Kontroll- und Sicherheitsbereich und eine zusätzliche Software zur Kontrolle der Personenbeschränkung. Ausserdem seien mit dem Geld technische Komponenten, wie etwa der Förderer bei Tällift, ersetzt worden. Für die Zukunft stehen aber noch weitere notwendige Investitionen an.

Reformen und Überzeugungsarbeit

Dass es so nicht weitergehen kann und für die Zukunft neue Lösungen gesucht werden müssen, war auch den Landtagsabgeordneten klar. Sie haben für die Bergbahnen ein Sanierungskonzept und die Entflechtung der Strukturen - insbesondere zum Jufa-Hotel - gefordert. Auch die Regierung ist mittlerweile der Meinung, dass sich der damalige Entscheid, in ein Hotel zu investieren, aus heutiger Sicht als nicht richtig erweist. Ein Gutachten empfiehlt, die mit dem Jufa-Projekt eingegangenen Verpflichtungen von rund 13 Millionen Franken abzustossen - damit würden auch die jährlichen Kosten von rund 318 000 Franken wegfallen. Und: Letztlich könnten die

Bergbahnen sowieso nur ohne die Beteiligung am Jufa-Hotel in ein öffentliches Unternehmen überführt werden.

Doch ganz einfach scheint das Vorhaben nicht zu sein. Robert Büchel: «Das Problem ist vor allem der Zeitfaktor und die Kommunikation. Eine Entflechtung und Sanierung benötigt - nebst einem umsetzbaren Konzept - vor allem auch eine gute Kommunikation mit den involvierten Parteien.» Dies benötige Zeit und vor allem viel Überzeugungsarbeit.

BuA voraussichtlich im November

Neben dem Sanierungskonzept forderten die Abgeordneten ausserdem nochmals die Erarbeitung einer Strategie zur Weiterentwicklung des Berggebiets. Ein externes Beratungsunternehmen prüft nun verschiedene Varianten. «Die Ausgangslage ist zwar einfach, im Detail aber durchaus anspruchsvoll, da unterschiedliche Interessen und Meinungen mitberücksichtigt werden müssen», sagt Robert Büchel. Gemäss Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt wird der entsprechende Bericht und Antrag (BuA) zur Sanierung der Bergbahnen und der Wei-

terentwicklung des Naherholungsgebietes voraussichtlich im November vorliegen. Das bedeutet allerdings nicht, dass dann feststeht, wie es für die Bergbahnen künftig weitergeht. Die Vorschläge und Empfehlungen müssen erst vom Landtag gutgeheissen werden und auch ein Referendum wäre möglich.

Ein Aus für die Bergbahnen kann sich aber wohl niemand vorstellen, und so sind bereits die Vorbereitungen für die kommende Wintersaison im Gange. Robert Büchel: «Grundsätzlich unterscheiden sich die Vorbereitungen im technischen Bereich, bei den Revisionen und bei der Anlagensicherheit nicht von anderen Jahren. In Bezug auf Covid-19 bereiten wir uns auf alle möglichen Szenarien vor, welche allenfalls von der Regierung erlassen werden könnten.» Da die Bahnen nur Ausenanlagen in Betrieb haben und keine Gondeln, erhofft er sich für Malbun eine angepasste Lösung, um allen Gästen das Skifahren zu ermöglichen. Der letzte Winter habe gezeigt, dass individuelle Lösungen für Malbun möglich und sinnvoll sind. Bleibt zu hoffen, dass dann das Wetter passt.

Testkosten dürften nicht auf Arbeitnehmer abgewälzt werden

3G Zwar verlangen bisher nur wenige Unternehmen am Arbeitsplatz ein Covid-Zertifikat, zudem meist auf freiwilliger Basis. Der Liechtensteinische Arbeitnehmer/-innenverband (LANV) ist dennoch alarmiert.

VON DANIELA FRITZ

Während die Einführung der Zertifikatspflicht in der Gastronomie - vor allem bei gewissen «schwarzen Schafen» - noch immer für Aufregung sorgt, bleibt es in der Arbeitswelt relativ still. Die Unternehmen zeigen sich, obwohl sie laut Verordnung auf 3G setzen dürften, noch zurückhaltend. Zumeist wird das Prinzip auf freiwilliger Basis angewendet und an die Selbstverantwortung der Mitarbeiter appelliert. Dementsprechend haben sich diesbezüglich bisher auch nur wenige Personen an den Liechtensteinischen Arbeitnehmer/-innenverband (LANV) gewandt. «Die meisten Fragen stammen von Ungeimpften, die

sich vorab informieren möchten, womit sie bei einer allfälligen Einführung von 3G rechnen müssen», erklärt Martina Haas, stellvertretende Geschäftsführerin des LANV, auf «Volksblatt»-Anfrage. Grundsätzlich lege der Verband Wert darauf, dass es keine Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz gibt. Will ein Unternehmen 3G einführen, sollte die Arbeitnehmerschaft beziehungsweise deren Vertretung bei der Erarbeitung der Massnahmen einbezogen werden. So hält es auch die Regierung per Verordnung fest. Ob sich alle Arbeitgeber daran halten werden, sei derzeit noch nicht abschätzbar. Die Situation sei für beide Seiten nicht einfach, die Unsicherheit spürbar: «Arbeitnehmende haben uns schon Schutzkonzepte überängstlicher Arbeitgeber gezeigt mit Massnahmen, die weit über die bestehenden Vorschriften zur Pandemiebekämpfung hinausgehen und keinerlei Sinn mehr machen», erzählt Haas. Auch die Maskenpflicht oder das - mittlerweile verschobene - Ende der Gratis-Tests seien von Arbeitnehmern beim LANV bemängelt worden. Bis mindestens Ende Oktober werden die Kosten noch vom Land

übernommen. Offen bleibt jedoch, ob die Tests nach dem 31. Oktober kostenpflichtig werden oder nicht. «Nach Ablauf der Gratisphase soll der Arbeitgeber die Kosten für die von ihm angeordneten Tests übernehmen», fordert Haas. «Solange das Impfen freiwillig ist, muss auch die Wahlfreiheit gegeben sein.» Diese sei aber nicht gegeben, wenn Arbeitnehmende zahlen müssten, um ihrer Arbeit nachgehen zu können.

Aufregung um Lohn für Ungeimpfte

Für Verunsicherung sorgte bei einigen ungeimpften Arbeitnehmern die Frage nach der Lohnfortzahlung im Falle einer Kontaktquarantäne. «Daran sind wir nicht ganz unschuldig», gibt Haas zu. Die Wirtschaftsverbände sowie der LANV empfehlen zunächst, dass ungeimpfte Kontaktpersonen im Falle einer Quarantäne die Kosten selbst tragen müssen, sofern kein Homeoffice möglich ist. Denn wäre die Person geimpft gewesen, wäre keine zehntägige Kontaktquarantäne nötig. Das sieht der LANV mittlerweile anders. Haas erklärt das Missverständnis so: «An einem kurzfristig anberaumten Gespräch zwischen den So-



Es dürfe nicht sein, dass man für Coronatests zahlen muss, um seiner Arbeit nachgehen zu können, so die Meinung des LANV. (Foto: Michael Zanghellini)

zialpartnern und der Regierung waren wir uns zuerst alle einig, dass in den meisten Fällen Selbstverschulden vorliegt, wenn Ungeimpfte in Quarantäne müssen. Wir haben aber schnell erkannt, dass es Fälle geben kann, in denen Ungeimpfte trotz Einhalten aller Schutzmassnahmen in Quarantäne müssen und damit Lohnfortzahlungspflicht durch den Arbeitgeber besteht.» Weil zudem nicht eindeutig sei, wann eine Quarantäne «selbstverschuldet» und nicht «selbstverschuldet» sein soll, gingen die Sozialpartner nochmals auf die Regierung zu und baten um die Wiedereinführung des Covid-Taggelds. Diese kam dem Wunsch nach: Rückwirkend auf 1. Juli übernehmen somit die Krankenkassen im Auftrag der Regierung wieder die Lohnkosten, sollte ein Arbeitnehmer in Quarantäne ausfallen und

Homeoffice nicht möglich sein. Dies gilt übrigens auch für jene, die beruflich in ein Risikogebiet reisen und daraufhin in Quarantäne müssen. Zudem können sich Kontaktpersonen neu nach sieben Tagen aus der Quarantäne «freitesten». «Wir sind sehr froh, dass auch die Regierung die Problematik erkannt und rasch gehandelt hat», betont Haas.

ANZEIGE

K RESTAURANT KAINER
Aktuell:
Wildspezialitäten
+423 268 39 33 · www.kainer.li